



An die bei der Staatskanzlei
akkreditierten Medien

Freiburg, 30. September 2022

Medienmitteilung

—

Ein ausgeglichener Haushalt 2023 mit ehrgeizigen Investitionen für die Zukunft des Kantons

Der Staatsvoranschlag 2023 des Kantons Freiburg weist ein ausgeglichenes Ergebnis mit einem Ertragsüberschuss von 0,1 Millionen Franken aus. Dank Fremdmitteln und höheren Steuereinnahmen kann der erheblich Ausgabenzuwachs ausgeglichen werden. In diesen Zeiten voller Ungewissheiten hat der Staatsrat einen Staatsvoranschlag aufgestellt, der Stabilität verspricht. Vor diesem Hintergrund sollen die umfangreichen Investitionen und die vom Grossen Rat beschlossenen Steuersenkungen die Freiburger Wirtschaft und die Kaufkraft stärken.

Der Voranschlagsentwurf 2023 weist folgende Hauptergebnisse aus:

- > Zunahme von Aufwand und Ertrag um 3,9 %;
- > Ertragsüberschuss von 0,1 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung, entsprechend dem Verfassungsgrundsatz des ausgeglichenen Haushalts;
- > Investitionsvolumen in Höhe von 283,8 Millionen Franken;
- > Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen von 53 %.

1.1. Ausgeglichene Erfolgsrechnung

Aufwand und Ertrag nehmen zwischen dem Voranschlag 2022 und dem Voranschlag 2023 um 3,9 % und damit stärker als im Durchschnitt der letzten Jahre zu.

Erfolgsrechnung	Voranschlags-	Voranschlag	Veränderung	
	entwurf 2023	2022	2022– 2023	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Ertrag	4051,6	3900,2	+ 151,4	+ 3,9
Aufwand	4051,5	3899,9	+ 151,6	+ 3,9
Überschuss	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 66,7

1.2. Steigende Einnahmen aus Eigen- und Fremdmitteln

Die Haupteinnahmen, insbesondere aus Steuern und Transfererträgen, sind insgesamt steigend:

Ertrag der Erfolgsrechnung	Voranschlags- entwurf 2023	Voranschlag 2022	Veränderung 2022– 2023	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Fiskalertrag	1367,5	1350,3	+ 17,2	+ 1,3
Vermögenserträge, Entgelte	388,9	434,5	- 45,6	- 10,5
Transferertrag (wovon eidg. Finanzausgleich)	2048,9 (591,3)	1907,3 (539,9)	+ 141,6 + 51,4	+ 7,4 + 9,5
Spezialfinanzierungen (Fonds und Rückstellungen)	200,1	162,1	+ 38,0	+ 23,4
Interne Verrechnungen	46,2	46,0	+ 0,2	+ 0,4
Total	4051,6	3900,2	+ 151,4	+ 3,9

Die Veränderungen zwischen dem Voranschlag 2022 und dem Voranschlag 2023 beruhen zum Teil auf einer günstigen Entwicklung gewisser Steuereinnahmen. Während die Einkommenssteuer der natürlichen Personen um 25 Millionen Franken zurückgeht, insbesondere aufgrund der verschiedenen vom Grossen Rat verabschiedeten Steuersenkungen, legt die Gewinnsteuer der juristischen Personen um 24 Millionen Franken zu. Bei der Quellensteuer ist eine Zunahme um 11 Millionen Franken zu verzeichnen, bei der Handänderungssteuer ein Plus von 7,4 Millionen Franken und bei der Motorfahrzeugsteuer ein Zuwachs von 4,2 Millionen Franken. Der Anteil an der direkten Bundessteuer steigt um 19 Millionen Franken.

Die Vermögenserträge und übrigen Betriebseinnahmen gehen um 45,6 Millionen Franken zurück. Diese Abnahme beruht hauptsächlich darauf, dass 2023 angesichts der von der SNB vermeldeten Halbjahreszahlen und anders als im Voranschlag 2022 keine SNB-Gewinnausschüttung budgetiert worden ist.

Im Voranschlag 2023 fallen die Finanzausgleichszahlungen des Bundes um 51,4 Millionen Franken markant höher aus. Bei den Bundesbeiträgen ist eine deutliche Zunahme um 45 Millionen Franken bei der Rückerstattung von Sozialhilfeleistungen für Asylsuchende und Flüchtlinge zu verzeichnen; hier sind die Kosten aufgrund der Migrationseffekte des Krieges in der Ukraine stark gestiegen.

Der Voranschlag 2023 beansprucht die Fonds und Rückstellungen stärker als das Vorjahresbudget, insbesondere mit der Entnahme aus der SNB-Rückstellung von 50 Millionen Franken zur Kompensation der 2023 voraussichtlich wegfallenden Gewinnausschüttung. Ausserdem ist eine Entnahme von 15,2 Millionen Franken aus dem Fonds für die aktive Bodenpolitik für die Investitionen vorgesehen, die die kantonale Anstalt für aktive Bodenpolitik (KAAB) tätigen wird.

1.3. Deutlich steigender Aufwand

Die Hauptaufwandkategorien des Staates entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

Aufwand der Erfolgsrechnung	Voranschlags- entwurf 2023	Voranschlag 2022	Veränderung 2022– 2023	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Personalaufwand	1455,0	1389,8	+ 65,2	+ 4,7
Sachaufwand	408,5	394,8	+ 13,7	+ 3,5
Transferaufwand	1894,6	1829,2	+ 65,4	+ 3,6
Abschreibungsaufwand	178,7	161,0	+ 17,7	+ 11,0
Finanzaufwand und Spezialfinanzierungen	68,5	79,1	- 10,6	- 13,4
Interne Verrechnungen	46,2	46,0	+ 0,2	+ 0,4
Total	4051,5	3899,9	+ 151,6	+ 3,9

Der veranschlagte Personalaufwand nimmt deutlich stärker zu als der Gesamtaufwand (+ 4,7 % gegenüber + 3,9 %). Neben der Schaffung neuer Stellen (+ 151 VZÄ, wovon fast zwei Drittel für das Unterrichtswesen und die Schulsozialarbeiter/innen) hat die inflationsbedingte Lohnindexierung erstmals seit Jahren wieder merkliche Auswirkungen auf die Lohnsumme.

Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand ist 2023 eine Zunahme um 13,7 Millionen Franken zu verzeichnen. Ausserdem wurden die Energiekosten aufgrund der Auswirkungen der Krise in der Ukraine insbesondere auf die Heizkosten nach oben korrigiert (+ 2,9 Millionen Franken). Die IT-Ausgaben steigen auf ein hohes Niveau von 58 Millionen Franken im Hinblick auf die weitere Umsetzung der Digitalisierungsstrategie «Verwaltung 4.0».

Die veranschlagten Transferausgaben 2023 nehmen gegenüber dem Vorjahr um 65,4 Millionen Franken zu. Hauptsächlich dafür verantwortlich sind die Sozialhilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge (+ 39,8 Millionen Franken), die Kantonsbeiträge für die Krankenversicherung (+ 7,4 Millionen Franken) und auch die Rückzahlung an die Gemeinden von durch die Covid-19-Pandemie bedingten Ausgaben (+ 6 Millionen Franken).

Die Zunahme des Abschreibungsvolumens (+ 17,7 Millionen Franken) steht in direktem Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Investitionsausgaben.

1.4. Umfangreiche Investitionen

Das Gesamtbruttoinvestitionsvolumen ist mit 238,8 Millionen Franken deutlich höher als in den beiden Vorjahresvoranschlägen sowie in der letzten Staatsrechnung.

	Voranschlags- entwurf 2023	Voranschlag 2022	Veränderung 2022– 2023	
	Mio.	Mio.	Mio.	%
Bruttoinvestitionen	283,8	238,4	+ 45,4	+ 19,0
Nettoinvestitionen	232,6	185,6	+ 47,0	+ 25,3

Dieses Investitionsvolumen ist Ausdruck des Willens, ein sehr ehrgeiziges Investitionsprogramm mit Liegenschaftskäufen und mehreren Grossprojekten zu entwickeln. Dazu gehören die für die ALP Liebefeld in Posieux und an den Universitätsgebäuden geplanten Arbeiten, die Sanierung und der Ausbau des Kollegiums Hl. Kreuz, der Ausbau der Kantons- und Universitätsbibliothek, der Gebäudeausbau in Bellechasse sowie die Arbeiten im Campus Schwarzsee.

Der verhältnismässig geringe Selbstfinanzierungsgrad (53 %), der unter demjenigen des Vorjahresbudgets liegt, ist in Zusammenhang mit einem markant höheren Investitionsvolumen als im Vorjahr zu sehen. Daraus ergibt sich ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 109,3 Millionen Franken.

1.5. Voranschlags- und Finanzplanerstellung in einem sehr unsicheren Umfeld

Der Voranschlagsentwurf 2023 ist parallel zum Finanzplan der Legislaturperiode 2022-2026 aufgestellt worden. Das Umfeld dieser Arbeiten war stark von grossen Unsicherheiten geprägt, sowohl bezüglich der COVID-19-Pandemie und ihrer Auswirkungen als auch bezüglich des bewaffneten Konflikts in der Ukraine. Dazu kommt noch die akute Energieversorgungsproblematik, und auch der plötzliche und rapide Inflationsanstieg setzt die Bevölkerung und die Wirtschaft zusätzlich unter Druck.

Trotz dieser nicht sehr erfreulichen Rahmenbedingungen zeigt sich die Freiburger Wirtschaft bemerkenswert widerstandsfähig und lässt gute Entwicklungsaussichten erkennen.

1.6. Ein für Stabilität stehender und zukunftsorientierter Voranschlag

Trotz der aktuell instabilen Situation legt der Staatsrat einen Voranschlag 2023 vor, welcher der Entwicklung der in seinem Regierungsprogramm definierten strategischen Stossrichtungen Rechnung trägt, bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung. Dank einem soliden Einnahmenwachstum und einer guten Kostenkontrolle ermöglicht der Voranschlagsentwurf den weiteren Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen wie Bildung, Sicherheit, Digitalisierung, Gesundheit, Klima und Umwelt. Das substanzielle Investitionsvolumen bringt zum Ausdruck, dass der Staatsrat die öffentlichen Infrastrukturen ausbauen sowie verschiedene Projekte entwickeln will, insbesondere im Energiebereich. Diese Strategie zielt auch darauf ab, die Freiburger Wirtschaft zu unterstützen, die mit Inflation und internationaler Instabilität zu kämpfen hat.